

Beijing behindert Redefreiheit in Amerika * The New York Times

Wang Dan, NOV. 26, 2017

Ich verbrachte fast sieben Jahre in einem chinesischen Gefängnis, weil ich einer der Leiter der Tiananmen Protestbewegung von 1989 war. 1998 wurde ich freigelassen, und die chinesische Regierung ließ mich das Land verlassen. Ich wählte, in die USA zu gehen, wo ich frei meine Meinung äußern konnte, ohne Furcht ins Gefängnis geworfen zu werden.

2009 erwarb ich einen Dokortitel in Geschichte und nahm eine Lehrstelle in Taiwan an. Ich unterrichtete zeitgenössische chinesische Geschichte und leitete ein wöchentliches Seminar - einen 'China Salon' - für eine offene Diskussion über die chinesische Gesellschaft und Politik. Viele Themen des Seminars, wie die Protestbewegung von 1989 und politische Reformen, waren in Festland-China tabu, aber in Taiwan konnte man gefahrlos öffentlich darüber diskutieren.

Der Salon zog viele Studenten aus Festland-China an, die an taiwanesischen Universitäten als Austauschstudenten studierten, die hungrig waren, die Wahrheit über Chinas Vergangenheit zu erfahren. Viele von ihnen waren z. B. sehr erstaunt über die Niederschlagung (der Proteste) auf dem Tiananmen Platz, denn das wird kaum in den Geschichtsbüchern Chinas erwähnt.

Anfang dieses Jahres kehrte ich nach Amerika zurück und brachte den Salon an die amerikanischen Universitäten. Auf Grund der langen Tradition des Rechts auf freie Meinungsäußerung in Amerika nahm ich an, die Salons würden in Amerika noch besser laufen, da etwa 329.000 chinesische Studenten hier die Universitäten besuchen. Ich hoffte, dass öffentliche Diskussionen über Themen, die in China verboten sind, die chinesischen Studenten herausfordern und sie ermutigen würden, sich die westlichen demokratischen Werte zu eigen zu machen.

Stattdessen aber wurden meine Anstrengungen auf amerikanischen Universitätsgeländen in den letzten drei Monaten stark behindert. Die Kommunistische Partei Chinas weitet ihre Überwachung von Kritikern aus, die in westlichen akademischen Kreisen lehren und bringt chinesische Gaststudenten zum Schweigen. Durch eine Kampagne von Furcht und Einschüchterung behindert Beijing die freie Meinungsäußerung in den USA und in anderen westlichen Ländern.

Die chinesische Regierung oder Leute, die mit ihr sympathisieren, ermutigen gleichgesinnte chinesische Studenten und Wissenschaftler im Westen, über chinesische Studenten zu berichten, die an sensitiven politischen Veranstaltungen teilnehmen - wie an meinem Salon oder auch an anderen öffentlichen Foren und Protesten gegen Beijing. Mitglieder der „China Students and Scholars Association“, die Ableger an vielen amerikanischen Universitäten hat, unterhalten enge Verbindung zu chinesischen Konsulaten und behalten ein Auge auf "unpatriotischen" Leuten und Aktivitäten auf Universitätsgeländen. Agenten oder Sympathisanten der chinesischen Regierung erscheinen bei öffentlichen Veranstaltungen und machen Videoaufnahmen oder Fotos von Sprechern, Teilnehmern und Veranstaltern.

Chinesische Studenten, die mit politischen Dissidenten wie mir gesehen werden oder die es wagen, die chinesische Regierungspolitik öffentlich in Frage zu stellen, können auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Ihre Familien in China können bedroht oder bestraft werden. Wenn diese Studenten nach China zurückkehren, kann es sein, dass Mitglieder des Büros für öffentliche Sicherheit sie "zum Tee einladen", wo sie dann verhört oder manchmal auch bedroht werden. Es kann sein, dass ihre Pässe nicht mehr erneuert werden. Ein Student erzählte mir, dass er bei einem Besuch zu Hause in China gedrängt wurde, andere in den USA auszuspionieren.

Und in einem unerhörten Beispiel von Einschüchterung im März 2016 entführte die Polizei in China Angehörige des chinesischen Journalisten Chang Ping, der im Exil in Deutschland lebt, nachdem er einen Artikel, der sich in einer deutschen Publikation kritisch zu Präsident Xi Jinpings hartem Durchgreifen gegen Redefreiheit geäußert hatte.

Chinesische Studenten im Ausland hören diese Geschichten und verhalten sich aus gutem Grund vorsichtig. Viele haben zu große Angst, an öffentlichen Foren wie meinem Salon teilzunehmen, und die dazu kommen, halten sich sehr bedeckt.

Nicht alle chinesischen Studenten im Westen verurteilen ihre Regierung. Tatsächlich unterstützen viele aktiv Beijing und machen ihren Mitstudenten, die Beijing kritisieren, häufig Vorwürfe.

Nationalismus ist in China weit verbreitet, und viele Studenten, die mit dem vollen Programm der "patriotischen Erziehung" der chinesischen Regierung aufgewachsen sind, tragen diesen Nationalismus ins Ausland. Sie beschuldigen westliche Regierungen, vor der kommunistischen Machtergreifung 1949 "ein Jahrhundert an Demütigungen" verursacht zu haben und Unruhen anzufachen und Chinas Entwicklung zu einer globalen Macht zu behindern. Diese "patriotischen" Studenten und Wissenschaftler arbeiten mit den chinesischen Konsulaten zusammen, um kritische Proteste gegen die chinesische Regierung zu sabotieren. Viele verlegen sich darauf, Beijings Kritiker ständig in den sozialen Netzwerken zu belästigen.

Ein typisches Beispiel: Shuping Yang, eine chinesische Studentin an der University of Maryland, pries im Mai während ihrer Rede auf der Abschlussfeier "die frische Luft der Redefreiheit" in den USA und sah sich dann einem Trommelfeuer von Online-Drohungen von chinesischen Bürgern und Staatsmedien gegenüber, die ihr "Beleidigung des Mutterlandes" vorwarfen. Die China Students and Scholars Association hetzte dazu auf, die Ansicht von Frau Yang zurückzuweisen. Unter diesem Druck veröffentlichte Frau Yang eine öffentliche Entschuldigung und bat um Vergebung und erklärte, dass es nicht ihre Absicht gewesen sei, ihr Land herabzusetzen.

Sogar westliche Bildungsstätten, die von finanzieller Unterstützung der chinesischen Regierung, von Studenten-Einschreibungen und privaten chinesischen Spenden profitiert haben, sind dem Druck Beijings erlegen. Einige haben Aktivitäten oder Programme gestrichen, andere haben zu Selbst-Zensur ge-griffen.

Springer Nature (*Anm. des Übersetzers: Springer Nature ist eine wissenschaftliche Verlagsgruppe mit Sitz in Berlin*), die angesehene wissenschaftliche Zeitschriften - wie "Natur" - veröffentlicht, blockierte kürzlich den Zugang zu einigen Artikeln aus China, um in dem Land nicht verboten zu werden.

Der wachsende Einfluss des Landes im Ausland hat in Australien große Aufmerksamkeit erfahren, als Journalisten aufdeckten, wie chinesisches Geld den politischen Prozess beeinflusst hat. Chinesische Studenten in Australien können unter starken Druck geraten und von anderen nationalistischen Studenten angeprangert werden, wenn sie Beijing kritisieren.

Kürzlich berichtete Clive Hamilton, ein Professor für öffentliche Ethik in Australien, dass sein Herausgeber die Veröffentlichung eines seiner Bücher, das den zunehmenden Einfluss der chinesischen kommunistischen Partei in Australien untersucht, hinausgeschoben hat aus Furcht, dass die chinesische Regierung ihn wegen Verleumdung verklagen könnte. Wir können sicher sein, dass Herrn Hamiltons Name einer Liste von westlichen Wissenschaftlern, die nicht mehr nach China einreisen dürfen, hinzugefügt wurde - eine andere, häufige Taktik gegenüber freimütigen Sinologen, deren Arbeit der chinesischen Regierung missfällt.

Diese Bedrohung der Meinungsfreiheit sollte westliche Politiker veranlassen, Stellung gegenüber China zu beziehen. Ich bin enttäuscht, dass sich Präsident Trump während seiner kürzlichen Reise nach China hauptsächlich nur auf den Handel konzentrierte und nicht auf die Menschenrechte. Es hat scheinbar keinen Versuch gegeben, gegen Beijings wachsenden Hang zu Menschenrechtsverletzungen über seine Grenzen hinaus Einspruch zu erheben. Solche Beschwichtigungspolitik wird nur Herrn Xi ermutigen, weiterhin westliche demokratische Institutionen zu bedrohen.

In den letzten Monaten hat die Trump Verwaltung wieder Gespräche mit ihren Verbündeten in Asien aufgenommen, wie man Chinas wachsendem Durchsetzungsvermögen in der Region begegnen könnte. Ebenso wichtig ist es für die USA, im eigenen Land Maßnahmen zu ergreifen, um Chinas Aushöhlung der demokratischen Grundwerte - auf den Universitätsgeländen und anderswo - zu unterbinden.

Wang Dan, ein früherer Anführer der 1989er Tiananmen Proteste, ist der Gründer der New School for Democracy, einem unabhängigen Think Tank (Denkfabrik), der sich für demokratische Reformen in China einsetzt. Dieser Essay wurde von der New York Times aus dem Chinesischen übersetzt.

Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche von Ehepaar Ngodup, Heidelberg, 08. April 2018.